

## **Fraktion im Kreistag Gütersloh**

**Fraktionssprecherin  
Helga Lange**

Schultenstr. 6  
33790 Halle (Westf.)  
fon: 05201 828248  
fax: 05201 665232  
gruene@helga-lange.de

[www.gruene-kreistagsfraktion.de](http://www.gruene-kreistagsfraktion.de)

## **Haushaltsrede Kreistag 26.02.2018**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und sehr geehrte Damen und Herrn von der Presse!

Es hat inzwischen im Kreistag schon fast Tradition, dass Haushaltsdebatten weitestgehend fachlich, sachlich und kollegial geführt werden. Wie wohltuend!

Dieser Haushalt bietet aber auch wenig Reibungsfläche. Die Wirtschaft im Kreis Gütersloh ist bärenstark, wie Herr Pförtner es ausdrückt, und auch die wirtschaftliche Lage vom Kreis und unseren Kommunen ist gut. Die Steuerkraft liegt über dem Landesschnitt, wenn auch die Steigerung mit 4,9% deutlich unter der in NRW liegt. Wir können die Kreisumlage um sage und schreibe 17,2 Mio. € senken und den Investitionsbereich ohne Nettoneuverschuldung gestalten. Da haben auch unsere Kommunen nichts zu meckern. Zahlen, die Sie alle kennen!

Zahlen, die uns durch die Verwaltung sorgfältig aufbereitet, verständlich dargestellt und erläutert wurden. Vielen Dank an Alle, die uns unterstützt haben, aber auch danke an Alle die tagtäglich engagiert, hoch motiviert und mit viel persönlichem Einsatz und mit großer Fachlichkeit in den Abteilungen und Sachgebieten ihre Arbeit leisten.

Während wir hier geräuschlos, mal mehr, mal weniger effizient Politik machen, können wir nur fassungslos nach Berlin schauen. Zunächst schlägt sich eine staatstragende Partei, so bezeichnet sie sich selber, in die Büsche, weil sie plötzlich Angst vor der eigenen Courage hat. Dann kommen die beiden „großen“ – das Wort „große“ setzte ich besser in Anführungszeichen - Volksparteien lustlos an den Verhandlungstisch und fabrizieren ein farbloses, wenig ambitioniertes und Visionen befreites Vertragswerk, das sich nun in der Warteschleife befindet. Dem Verhandlungsmarathon folgt dann ein endloses Personalgezerre und es wird aufeinander eingedroschen und gekeilt, Gabriel gegen Schulz, Seehofer gegen Merkel und de Maiziere gegen Seehofer.... Alle warten genervt auf ein baldiges, positives Ende. Möge dann der Start nicht so misslingen, wie in Düsseldorf.

In Düsseldorf wurde ein Medienminister installiert, der die Medienzuständigkeit nach heftigen Protesten wieder verlor, weil er Miteigentümer der Funke Mediengruppe ist. Nicht nur GRÜNE sondern vor allem Staatsrechtler und auch die Organisation Lobby Control sahen erhebliche Interessenkonflikte. Eine Umweltministerin kam wegen unhaltbarer Zustände auf ihrem Schweinemast Familienbetrieb in erhebliche Erklärungsnot. Im sogenannten Vertrauens- und Leistungsbereich der Ministerien schafften CDU und FDP 139 – und damit

überproportional viele – neue Stellen ohne konkrete Aufgabenbeschreibung. Peinlich, Pleiten, Pech und Pannen – nicht nur beim Personal!

Zunächst wurde die Finanzierung des Sozialtickets von Düsseldorf gestrichen, um nach lautstarken Protesten aus allen Richtungen schnell wieder sichergestellt zu werden. Wie gut, dass diese Regierung nicht so genau weiß was sie will. Die Streichung wäre auch ein sozialpolitisches Armutszeugnis gewesen. Wir sind froh, dass wir das Sozialticket ab August im Kreis Gütersloh einführen können. Obwohl es uns nichts kostet, war reichlich Überzeugungsarbeit hier auf der rechten Seite notwendig. Für uns stellt das Sozialticket einen kleinen aber wichtigen Baustein der Sozialpolitik dar, es ist Daseinsvorsorge und sichert Teilhabe am Sozialen-, Kulturellen- und auch am Arbeitsleben! Dieses Ticket soll kostenlos sein, nicht etwa kostenlos für die Nutzer und Nutzerinnen, nein für den Kreis GT! Und für so eine Entscheidung benötigen wir Jahre.

Bundesweit wird über kostenlosen ÖPNV diskutiert, allerdings nur für 5 handverlesene Städte. Das 1 Euro-Ticket pro Tag für Alle bundesweit wäre eine zukunftsweisende Maßnahme und würde die Städte deutlich von Stickstoffdioxid, Feinstaub und Lärm entlasten.

Einen ähnlich unfreiwilligen Sinneswandel wie beim Sozialticket, gab es bei der Integrationspauschale. Erst nach lautstarken Protesten und weil der Finanzminister überraschend einige Millionen gefunden hat. Ein merkwürdiger Finanzminister, der den Überblick über seine Finanzen verliert. Das könnte Herrn Kleinebeker nicht passieren. Immerhin wurde ein Teil, aber auch nur ein Teil der Gelder durchgereicht, Gelder, die den Kommunen zustehen! In der Opposition nannte Schwarz/Gelb das klebrige Finger!

Die vollmundig im Wahlkampf angekündigten Konsolidierungsvorhaben sind trotz sprudelnder Steuereinnahmen bisher vollständig auf der Strecke geblieben.

Mit der Krankenhausfinanzierung und der 40% Beteiligung der Kommunen hat Schwarz/Gelb den Kommunen ein faules Ei ins Nest gelegt. Das trifft die finanzschwachen Kommunen und die, die Träger eines eigenen Krankenhauses sind, hart. Und wie wir hören, soll das kein einmaliger Vorgang bleiben. Seit Jahren sind die Krankenhäuser unterfinanziert, das ist Fakt. Sie können ihre Investitionen nicht mehr stemmen. Vor dem Hintergrund der guten Steuereinnahmen muss die Regierung nun für eine auskömmliche Finanzierung sorgen und die Probleme nicht bei den Kommunen abladen. Hat Schwarz/Gelb dieses Vorgehen in der Opposition nicht immer heftig kritisiert? Die Diskussion um das Klinikum Gütersloh, der wir uns stellen müssen, zeigt deutlich, wie schwierig die Situation für viele Häuser ist. Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung, um die Versorgungssicherheit auch im ländlichen Raum sicherzustellen.

Einen großen Schritt in Richtung Versorgungssicherheit sind wir mit dem sehr vielversprechenden Projekt „Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes zur Koordinierung der Gesundheitswirtschaft im Kreis Gütersloh“ gegangen. Wichtige Ziele sind die Unterstützung der Kommunen und die Stärkung einer innovativen Versorgung vor Ort. Insbesondere bei der zukünftigen hausärztlichen Versorgung besteht ein anerkanntermaßen großer Handlungsbedarf. Inzwischen mussten bereits 5 Kommunen aus dem Kreis Gütersloh in das Förderverzeichnis mit besonders hohen Bedarfen aufgenommen werden. Die Kommunen sollten eng zusammenarbeiten und Handlungsalternativen für die Gewinnung von Hausärzten gemeinsam entwickeln und umsetzen. Zusammenarbeit, Kooperation und

Kreativität sind gefragt. Gemeinsame Projekte im Rahmen von VITAL und ebenso der Regionale bieten günstige Möglichkeiten. Die medizinische Versorgung und Gesundheit gelten zurecht als wichtige Standortfaktoren. Das betrifft sowohl eine qualitativ gute ambulante als auch eine hochwertige stationäre, medizinische Versorgung. Auch im Kreis muss die Frage beantwortet werden, wie eine bedarfsgerechte, sichere ambulante und stationäre Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig ausgerichtet und gesichert werden kann. Außerdem müssen wir in Kürze über eine Weiterführung dieses erfolgreichen Projektes diskutieren und entscheiden.

Bei der Diskussion zum Regierungsentwurf des Ausführungsgesetzes zum Bundesteilhabegesetz konnte selbst Herr Dr. Sökeland nur schwer die Beherrschung bewahren. Ja, dieser Entwurf ist Murks, unausgegoren und ohne Rücksicht auf vorhandene, leistungsstarke Strukturen vor Ort. Wir GRÜNE stehen zu der Forderung, dass die Frühförderung sich an den Bedarfen und nicht an der Finanzkraft der Kommunen orientieren muss. Wir brauchen einen hohen, Qualitätsstandard damit, egal wo die Kinder wohnen, sie eine optimale Förderung erhalten, niederschwellig und gut erreichbar. Frühe Hilfen sind ein wichtiger Baustein um Kindern einen guten Start zu ermöglichen und ihre Chancen zu verbessern. Im Grundsatz sind wir uns im Kreistag einig, aber eine breitgetragene Resolution haben wir nicht hinbekommen. Das ist ein Armutszeugnis. Bei etwas gutem Willen und der war auf unserer Seite sehr wohl vorhanden, hätten wir eine aussagekräftige Resolution auf der Grundlage des SPD Vorschlages mit breiter Mehrheit hinbekommen. Schauen Sie auf den erfolgreichen Protest in Sachen Sozialticket. Bei der Wankelmütigkeit dieser Landesregierung, hätten wir mit einer starken Stimme vielleicht auch etwas erreicht. Die Chance ist vertan!

Eine weitere Chance haben wir in Sachen Finanzierung der Insolvenzberatung vertan. Es stimmt, hier wäre – mal wieder – das Land gefragt, aber - mal wieder - Fehlanzeige. Jetzt werden Prinzipien auf dem Rücken der betroffenen Menschen durchgedrückt. Die erfolgreiche Bewältigung einer Privatinsolvenz ist der Grundstein, damit Betroffene wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können und nicht auf Dauer von Transferleistungen abhängig sind. Insolvenzverwalter müssen die Interessen der Gläubiger vertreten und nicht die der Schuldner. Sie aber lassen die Schuldner im Regen stehen und verweigern eine sinnvolle Unterstützung!

Nicht im Regen stehen die Menschen, die vom Jobcenter betreut werden. „Fachkräfte entwickeln“, „Arbeitskräfte vermitteln“, „Teilhabe ermöglichen“ unter diesem anspruchsvollen Titel steht das Arbeitsmarktprogramm 2018. Es ist eine große Herausforderung, denn sämtliche Zielgruppen im Leistungsbereich sollen eine bedarfsgerechte, passgenaue und zielgerichtete Förderung erhalten. Qualifizierung, entsprechend der individuellen Potentiale, ist ein wesentlicher Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Integration in den Arbeitsmarkt, aber auch die Integration in die Gesellschaft kann nur bei ausreichender Sprachkompetenz gelingen. Hier liegt und muss ein Schwerpunkt liegen. Teilhabe sowohl am sozialen und am kulturellen Leben wird erst durch Sprache ermöglicht. Aber auch den großen Herausforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt muss durch gezielte Aus- und Weiterbildung Rechnung getragen werden. Die große Skepsis, die Geflüchteten seien zu einem weitaus überwiegenden Teil gar nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar, hat sich nicht erfüllt. Der erhöhte Wegfall von Folgeanträgen zeigt, dass viele Menschen aktiv eine Selbstversorgung anstreben und das „Ausruhen in der sozialen Hängematte“ nicht die Regel ist.

Die erfolgreiche Integration bedarf großer Anstrengungen, die vom Jobcenter mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern engagiert geleistet wird.

Der Erfolg hängt aber auch entscheidend davon ab, ob die Menschen eine Perspektive haben.

Daher ist der Familiennachzug für eine gelungene Integration von so großer Bedeutung. Menschen, die hier alleine leben, und in größter Angst um ihre Familie, ihre Kinder, Ihre Ehepartner sind, fällt es ungemein schwer, den notwendigen Fokus auf Sprache, Qualifikation und Integration zu legen. Die Geflüchteten sehen wie wir die grausamen Bilder aus ihrer Heimat, das unermessliche Leid der Menschen ohne zu wissen, wie es ihren Liebsten geht. Und dann wird vielen von ihnen die Hoffnung auf Familiennachzug durch den Koalitionsvertrag genommen. Stellen Sie sich vor es wären Ihre Kinder, Ihre Enkel, Ihre Ehepartner, die in Afrin oder Ost-Ghouta dem Bombenhagel ausgesetzt sind oder in menschenunwürdigen, überfüllten Flüchtlingslagern im Jemen, im Libanon oder sonst wo ausharren müssten, ohne ausreichende Nahrung, ohne Schutz vor Kälte und ohne medizinische Versorgung. Würden Sie dann auch noch für die Aussetzung des Familiennachzugs stimmen?

Durch die Abschottungspolitik ist der Flüchtlingsstrom deutlich zurückgegangen, aber die Flüchtlinge sind noch da, sie schaffen es nur nicht mehr bis zu uns. Tagtäglich sehen wir die unerträglichen Bilder aus den Kriegsgebieten von Toten und Verletzten, von verzweifelt Menschen und schreienden Kindern. Die Situation verschärft sich zusehends, auch durch deutsche Rüstungsgüter! Syrien ist ein Pulverfass und die Lunte ist längst gelegt. Jetzt soll es nach 7 Jahren Krieg eine Waffenruhe geben, das unermessliche Leid der Menschen geht weiter. In Deutschland aber wird über Obergrenzen auch von denen diskutiert die das C oder S im Parteinamen tragen.

Zurück zum Haushalt.

2015 beantragten die GRÜNEN erstmalig ein zusätzliches Budget für den Spracherwerb von Geflüchteten. Es ist schon fast zur Tradition geworden und der Antrag wird von allen Fraktionen getragen. Allerdings mussten wir in diesem Jahr die Summe von 100.000 € auf 50.000 € halbieren, weil die Zahlen der Geflüchteten deutlich zurückgegangen sind. Wir bedauern das, aber nur so war der Antrag mehrheitsfähig. Jetzt kann auch in 2018 das Kommunale Integrationszentrum die Förderprogramme des Landes zielgerichtet und effektiv ergänzen und wieder Sprachkurse für geflüchtete und erweitert um neuzugewanderte Kinder und Jugendliche anbieten.

Wir dürfen aber auch die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht aus dem Blick verlieren, junge Menschen, die ohne ihre Familien, Eltern, Geschwister hier leben müssen. Wir lesen immer wieder die erschütternden Geschichten von alleingelassenen Jugendlichen in der Presse. Sie werden gut betreut von unserem Jugendamt, und der Ansturm hat sich deutlich entspannt. Es liegt in unserem Interesse diesen jungen Menschen Unterstützung in ihrer zukünftigen Lebenssituation und bei ihrer Lebensplanung zu geben, die Übergänge zum Erwachsen-Werden zu begleiten, ihre Ressourcen zu erkennen und diese sinnvoll einzusetzen. Wir werden sehr kritisch im Auge behalten, ob für diese komplexen Aufgaben in Zukunft zusätzliche Mittel im Budget der Jugendhilfe notwendig sind.

Zusätzliche Mittel benötigt das neue Museum bisher nicht, aber Zeit. Zeit, die vor allem den Verantwortlichen wehtut, weil das Eröffnungsdatum so sorgfältig gewählt war. Mit großer Präzision ist der Bau geplant, ein gutes Finanzmanagement betrieben und eine detaillierte

Ausführungsplanung erarbeitet worden. Aber dann ließ, trotz aller Vorsorge, der Fensterbauer das Team im Stich. Das ist bitter, es erfordert zusätzlichen erheblichen Aufwand, viel Arbeit, Geld und Nerven. Die detaillierte Ausstellungsplanung ist Makulatur, Verträge sind hinfällig, Leihgeber müssen getröstet und alle Planungen neu erstellt werden. Viel Ärger für alle Beteiligten. Aber die Verantwortlichen, bei denen ich mich ausdrücklich für ihr großes Engagement bedanken möchte, haben das nicht zu vertreten. Diese Verzögerung kann unsere Vorfreude nicht trüben. Wir erwarten voll Spannung das neue Leuchtturmprojekt, das große Strahlkraft nicht nur in die Region entfalten wird.

Ob die Regionale Leuchtturmprojekte hervorbringt und Strahlkraft über den Kreis hinaus entfaltet, liegt an uns. Wir sind aufgerufen, die Chancen zu nutzen, Visionen zu entwickeln und tragfähige, überzeugende Projekte zu kreieren. Die ersten Weichen sind gestellt. Das Projektbüro ist bei der proWi angesiedelt, die Verknüpfung mit dem Dezernat 4 gesichert und die Kooperation den Städten und Gemeinden angeboten.

Jetzt muss noch die Stelle des Mobilitätsmanagements besetzt werden. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, aus der geplanten ½ Stelle eine ganze zu machen. Ohne Befristung würden wir allerdings die Chancen auf eine qualifizierte Besetzung erhöhen. Das war nicht durchsetzbar. Wir sind überzeugt, dass die Aufgaben nicht nach 3 Jahren erledigt sind. Es wartet nicht nur die Regionale und die Entwicklung der Mobilitätsprojekte, sondern auch die Umsetzung der Mobilitätsstrategie, die Regionalplanung und der Klimaschutz. Für 2018 liegt ein erstes Arbeitsprogramm mit Maßnahmen auf dem Tisch. Das ist nur ein Anfang, denn mit Projekten wie z.B. Elterntaxi an gerade mal 5 Grundschulen, dem E-Dorffauto in St. Vit, der Installation von Ladeinfrastruktur für E-Autos und E-Bikes, auf die wir schon lange warten, oder einer Marketingkampagne ÖPNV/SPNV mit diesen Projekten lassen sich die großen Herausforderungen einer effizienten Verkehrswende hin zur emissionsfreien Mobilität nicht bewältigen. Sobald die Stelle besetzt ist, müssen wir in Sachen Mobilität auf die Überholspur wechseln. Innovative Projekte der Regionale werden hoffentlich für einen großen Schritt nach vorne sorgen.

Durch den Weggang des Klimamanagers Herrn Korte – vielen Dank für ihre tolle Arbeit – darf der Klimaschutz nicht ins Hintertreffen geraten. Mobilität und Klima sind untrennbar verbunden. Wir dürfen die Klimaziele, die inzwischen sowohl in Berlin als auch in Düsseldorf mit Füßen getreten werden, in Gütersloh nicht noch weiter aus den Augen verlieren. In Berlin werden die Klimaziele verraten und einfach bis 2030 außer Kraft gesetzt. Wir sagen Finger weg von den Klimazielen! In Düsseldorf wird weiterhin das hohe Lied der Kohle gesungen. Anstatt die dreckigsten Kohlekraftwerke abzuschalten, bietet der Ministerpräsident den überschüssigen Kohlestrom aus NRW wie Sauerbier den Belgiern an. Die aber lehnen dankend ab, weil sie dann ihre Klimaziele nicht erreichen können. Statt Kohlestopp wird der Zukunftstechnologie Windenergie durch Fesselung der Wind aus den Segeln genommen. Die Innovationschancen und Wachstumspotentiale der Erneuerbaren bleiben auf der Strecke.

Während dem Wind die Fesseln angelegt werden, entfesselt die Landesregierung in anderen Bereichen was das Zeug hält. Entfesselung, die neue Zauberformel von Schwarz/Gelb, gleich Paket weise: Das Vergaberecht, weg mit Sozial- und Umweltstandards, Ladenöffnung, Sonntagsruhe ade usw. Entfesselt werden soll auch der LEP und das trifft insbesondere die Landwirtschaft hart. Durch den Wegfall des 5 ha Grundsatzes wird dem Flächenverbrauch weiter Vorschub geleistet. In den letzten 20 Jahren haben wir über 17 ha täglich wertvollster Acker-, Weide- und Waldflächen in NRW verfrühstückt! Inzwischen sind wir bei 10 ha angekommen, aber Tendenz schon wieder steigend! Im Kreis Gütersloh haben

wir von 1986 bis 2016  $\frac{1}{4}$  der landwirtschaftlichen Flächen verloren. Wo soll dieser Flächenhunger hinführen? Wie soll eine bäuerliche Landwirtschaft noch funktionieren, wenn wir ihr die Lebensgrundlage, den Boden, unter dem Pflug entziehen? Die Verknappung der Flächen führt zu mehr Konzentration, höheren Preisen, intensiverer Bewirtschaftung, höherem Dünger- und Pestizideinsatz, größerer Grundwasserbelastung. Und viele Betriebe können dann nur noch aufgeben. Der wirtschaftsstarke Kreis Gütersloh hat eine hohe Verantwortung bei der Ausweisung von Flächen, wenn es um die Neuaufstellung des Regionalplanes geht. Wir dürfen die Balance nicht verlieren, wenn wir wollen, dass die bäuerlichen Betriebe auch weiterhin gesunde Lebensmittel vor Ort produzieren und sie davon leben sollen. Wir müssen die Negativkette von Verdrängung und Raubbau unterbrechen. Deshalb muss der Umweltschutz hohe Wertschätzung erfahren und nicht immer der Abwägung unterlegen sein.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt, aber wir tun so, als hätten wir einen zweiten Planeten.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.